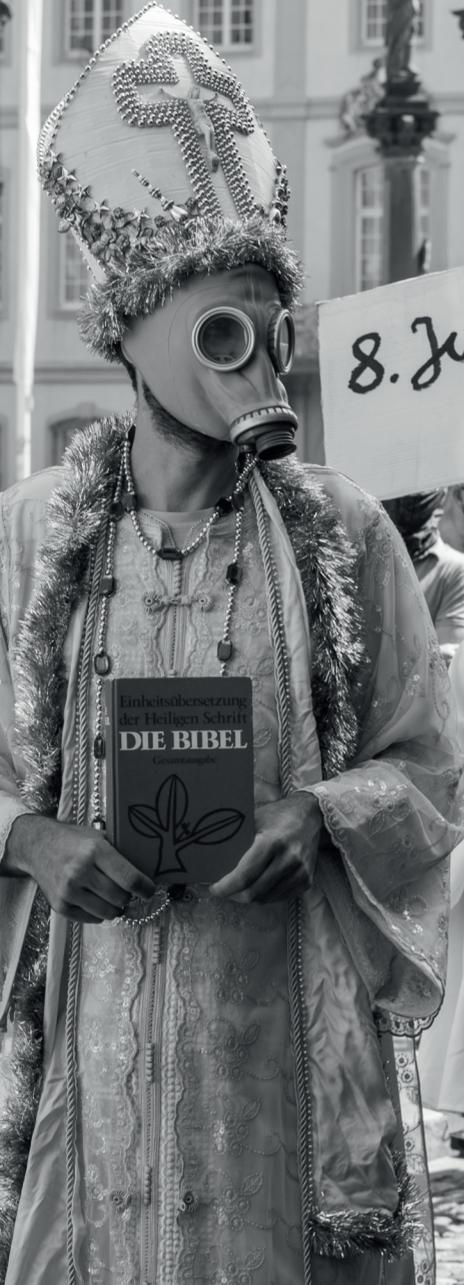


Corona

Juni 2020



8. Juni 2020



EFFIN

„Wir würden es wieder tun“ – Statement der KTS zum Elbchaussee-Verfahren

Im Juli 2017 fand der G20 Gipfel in Hamburg statt. Wir, das Autonome Zentrum KTS Freiburg, schlossen für diesen Anlass unsere Türen, um gemeinsam mit unseren Freund*innen aus aller Welt in Hamburg zu protestieren. Gemeinsam mit diesen Freund*innen wurden wir bereits vor, während und erst recht nach dem Gipfel mit der Gewalt des Repressionsapparats konfrontiert. Einreiseverbote und Durchsuchungen, Schläge und Tritte die z.T. schwere Verletzungen zufolge hatten, Verfolgungen und Einknastungen, Zensur und Bespitzelungen. Die Repressionswellen nach dem G20-Gipfel waren massiv und schmerzhaft. Diese werden aber trotzdem nichts an der Tatsache ändern, dass wir beim nächsten Gipfel unsere Türen erneut schließen werden, um gemeinsam mit unseren Freund*innen dem Ausbau der unerträglichen Elendsverwaltung entgegenzutreten.

Ihr fragt euch wieso? Der G20 ist ein Zusammenschluss der Vertreter*innen der wirtschaftlich und militärisch führenden Nationen der Welt, die eine Politik der Herrschaft auf globaler Ebene betreiben, den menschen- und naturverachtenden Umgang mit der Welt vorantreiben, die für Krieg, Zerstörung und Elend verantwortlich sind. Autorität und Herrschaft richten in vielen Teilen der Welt massive Schäden an, indem sie die Kluft zwischen Privilegierten und Mächtigen, Armen und Unterdrückten ausbauen. Sie führen dazu, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Geschlecht, Geschichte, Alter, gesundheitlicher oder psychischer Verfassung entmündigt werden. Sie führen dazu, dass Wenige über das Leben von Einzelnen, Hunderten, Tausenden, Millionen oder Milliarden von

Individuen bestimmen. Auf einer globalen Ebene reduziert diese Politik die Schäden nicht, ganz im Gegenteil.

Dass in Hamburg auch Mittel des konfrontativen Protestes gewählt wurden, bleibt ein ermutigendes Zeichen und wir haben nicht an der Härte der Reaktion des Staates gezweifelt. Dennoch muss ein klarer Wille zur Verfolgung Linker und dem Ausbau der Überwachung gesehen werden, der in einem krassen Kontrast zur bisherigen Verfolgung von bewaffneten Nazis steht.

Der Elbchaussee-Prozess steht stellvertretend für die überzogene Kriminalisierung einiger Weniger und zielt auf Abschreckung und unverhältnismäßige Bestrafung. Wir solidarisieren uns explizit mit denjenigen, die den Mut aufbrachten auch in Hamburger Nobelvierteln zu randalieren, während eine Armada von zehntausenden gewaltbereiten Bullen auf Habachtstellung war.

Während Menschenleben durch Hunger und Durst, durch Krieg, sexualisierte Gewalt und Folter zerstört werden, während Wälder und Ökosysteme verschwinden, entziehen sich die G20 ihrer Verantwortung und profitieren weiterhin von globaler Ungleichheit. Dieser Zustand ist eine Katastrophe und darf nicht weiterbestehen. Wir sind der G20 und ihrer Politik des Grauens mit all unseren Ansätzen entgegengetreten und werden es wieder tun. Dabei sind wir nicht alleine!

Wir solidarisieren uns mit allen Gefangenen, politisch verfolgten und verletzten Freund*innen im Kampf gegen die Gipfel dieser Welt!

**FÜR EINE SOLIDARISCHE WELT OHNE MAUERN
UND STACHELDRAHT!**

**GEGEN AUTORITÄT UND
AUSGRENZUNG, FÜR DIE
SELBSTORGANISATION.**



KTS Freiburg, 01.06.2020

Freiburg - Rückblick auf den antiautoritären 1. Mai

Wie angekündigt gab es verschiedene Aktionen am 1. Mai - dem Tag gegen Arbeit und das System - in Freiburg. Hier ein kleiner Bericht.

Team Blau war schon am Abend des 30.4. unterwegs und hat verzweifelt nach dem illegalen rave gesucht. Der Hinweis, dass es dieses Jahr nur einen online-stream "Dis-Tanz in den 1. Mai" geben würde, haben sie anscheinend nicht verstanden. Bullenkarren standen an allen Ecken des zentralen Viertels "im Grün" und am Platz der Synagoge. Und sogar der Staatsschutz war auf Räder aufgesattelt. Immerhin konnten sie gar eine Personenkontrolle wegen "Gefahrenabwehr" verbuchen. Anscheinend wurden interne Rekorde bei Candy Crush aufgestellt (Quelle: Polizei Freiburg). Wie sich diese Einsätze legitimieren, bleibt uns schleierhaft. Nächstes Jahr gibt's bestimmt wieder mehr für euch zu tun. Stay tuned!

Am 1. Mai folgten 800-900 Personen dem trotz schlechtem Wetter dem Aufruf, sich am Platz der alten Synagoge zu versammeln. Nach einer Kundgebung von 14 - 15 Uhr folgte die antiautoritäre Fahrraddemo durch die Stadt. Es wurde mehrfach gebeten, sich zum Schutz im Gesicht zu vermasseln und Abstand zu halten. Auf eine Anmeldung der Demo wurde wie immer verzichtet. Wir schaffen es auch ohne Autoritäten, auf uns und andere zu achten und selbstbestimmt unseren Protest in die Straßen zu tragen.

Der erste Stopp war die JVA Freiburg. Die Gefangenen werden in Pandemiezeiten noch stärker als sonst von der Außenwelt isoliert. Die Sicherheitsverwahrten dürfen nun eine halbe Stunde im Monat mit Angehörigen skypen, wie uns Thomas Meyer-Falk aus dem Knast berichtet. Einige wählen den Suizid als Ausweg. Andere halten sich durch Selbstdisziplinierung am Leben. Diese Zustände sind nicht tragbar - Wir sind nicht alle, es fehlen die Gefangenen! Schreibt den Eingesperrten im Knast!

Weiter ging es zum Schwabentor, wo ein Beitrag von wildcat zu der Situation im

Gesundheitssektor vorgetragen wurde. Jetzt wird sichtbar, was sich lange Zeit angebahnt hat: Einsparungen in Krankenhäusern führen zu erheblichen Personalmangel - maximaler Profit zu Lasten der Angestellten. Das System macht uns krank!

Am Wiehre Bahnhof erläuterte die GartenCoop Freiburg, warum solidarische Landwirtschaft ein wichtiger Pfeiler unserer Grundversorgung werden muss. Billiger Spargel für deutsche Kartoffeln steht klar über dem Schutz von Menschen in der Landwirtschaft. In Bad Krotzingen stirbt ein rumänischer Landarbeiter an COVID 19 und keinen interessiert's. Pflückt eure Erdbeeren selbst und organisiert euch in solidaischer Landwirtschaft!

Vor der Landeserstaufnahmeeinrichtung Freiburg (LEA) wurde von der LEA Ellwangen berichtet. Die Menschen werden in kleinen Zimmern mit 6-8 Personen eingepfercht, die Grundversorgung ist mangelhaft und vor der Türe bewacht die Bundeswehr den Zugang. Durch eine Ausgangssperre sollen die Bewohner*innen in Quarantäne gehalten werden. Die Zahl der Infizierten stieg dadurch aber erst auf 400 von 587 Personen an. Die Zustände sind für die Deprivilierten dieser Gesellschaft katastrophal! Und wir beschweren uns über Kontaktverbote...Unterstützt die Proteste der Geflüchteten auf Lesbos und sonst wo. No one leaves behind!

Am Stühlinger Kirchplatz wurde das neue Polizeigesetz in Baden-Württemberg kritisiert, welches nebenbei im Parlament durchgewunken wird. Handgranaten, body cams und erleichterter Zugang zu Privatwohnungen erwarten uns unter anderen. Wie kann es sein, dass in solchen Krisenzeiten eine grün-schwarze Landesregierung keine besseren Ideen hat, als Gesetze zu verschärfen, die die Freiheit der Menschen stark beeinträchtigen? Als wäre es nicht genug, temporäre Kontaktverbote und Ausgangssperren zu erlassen. Nein, das komplette Paket muss es sein! Hurra, DEMOKRATISCHE BETEILIGUNG ganz groß

geschrieben.

Das Antira Netzwerk hat nochmals auf die Situation von Geflüchteten in Kartoffelland und an den Außengrenzen aufmerksam gemacht. Während für die Spargelernte in kürzester Zeit 30.000 Erntehelfer*innen aus Rumänien eingeflogen werden, schaffen es deutsche Behörden nur schwerfällig, 48 Kinder aus dem hoffnungslos überfüllten Hot Spot Moria auf Lesbos auszufliegen. Da fragen wir uns, wie viel ist ein Menschenleben eigentlich wert? No Border, No Nation - Stop Depotation!

Einen besonderen Dank gilt zum Schluss noch den Bullen. So entspannt wie lange nicht konnten wir durch die Stadt radeln. Wir dachten uns, dass ihr vielleicht nächstes Jahr mit einem eigenen Blauen Block mitmachen könnt. Dann könnt ihr eure Segways, Reiterstaffeln und E-Bikes, Rollschuhe und Drohnen mitbringen. Vielleicht schafft ihr es ja, bis dahin ein kleines Ukulele-Orchester aufzustellen und lustige Lieder mit den Akkorden A-C-A-B oder so zu

spielen. Ein Transpi mit "Danke für das neue Polizeigesetz" und eine kleine Waffenschau könntet ihr als Zwischenkundgebung auch durchführen. Wie wär's zur Auflockerung mit einer Jonglageshow mit 9 Schlagstöcken?

Die Ideen sind grenzenlos, wir unsere Verachtung.

Achtet auf Ankündigungen für weitere Proteste!

NIE WIEDER DEUTSCHLAND, DU MIESES STÜCK SCHEIßE!

lose zusammenhänge

Ein Video zur revolutionären Radrunde am
Abend des 1. Mais mit Ohrwurmgarantie:
vimeo.com/414820254



Antifaschistische Proteste am 2. Mai 2020 in Freiburg

DEUTSCHE POLIZIST*INNEN SCHÜTZEN DIE FASCHIST*INNEN

Am 2. Mai demonstrierten in Freiburg rund 800 Antifaschist*innen gegen eine Kundgebung der AfD auf dem Platz der Alten Synagoge. Für diesen Anlass wurden von einzelnen Freiburger Gruppen drei (Gegen-)Kundgebungen rund um den Platz angemeldet. Ein Großaufgebot der Polizei beschützte sowohl die 60 Nazis, die an der Kundgebung teilnahmen, als auch die drei weiteren rechten (Querfront-)Kundgebungen von Verschwörungserzähler*innen und Impfgegner*innen auf dem Rathausplatz, Kartoffelmarkt und Münsterplatz. Die rechten Kundgebungen richteten sich gegen die Coronamaßnahmen und leugneten die Gefährlichkeit des Virus.

Polizeigewalt tritt bei antifaschistischen Protesten meistens besonders hart auf. Das war am 2. Mai auch der Fall. BFE-Greiftruppe griffen mehrfach Antifaschist*innen an und nahmen Menschen fest, die alle am gleichen Tag wieder freigelassen wurden. Die Brutalität der Cops ging mal wieder soweit, dass wiederholt mit Fäusten in die Gesichter von Aktivist*innen geschlagen und mehrere Menschen dabei verletzt wurden. Auch den Corona-bedingten Anspruch, räumlichen Abstand zu seinen Mitmenschen zu pflegen, wurde immer wieder von den Cops zunichtegemacht, als Aktivist*innen von durchgreifenden BFE-Einheiten aneindergedrängt wurden.

Ihr könnt euch wie immer gerne bei uns melden, wenn ihr während der Proteste Polizeigewalt erfahren habt, oder falls ihr Post von den Strafverfolgungsbehörden oder vom Gericht bekommen solltet. Auf unseren Blog sind auch einige Tipps im Umgang mit Vorladungen der Cops und Strafbefehlen zu finden [aefreiburg.noblogs.org/tipps-und-tricks/].

WIR DEMONSTRIEREN WIE WIR WOLLEN! OHNE ÜBERWACHUNG UND KONTROLLEN!

Erstaunt sind wir darüber, dass gleich mehrere Gegenkundgebungen angemeldet worden sind.

Uns erschließt sich nicht genau, was die Gruppen dazu bewegt hat, bei der Versammlungsbehörde um Erlaubnis für notwendigen antifaschistischen Protest zu fragen. Seit etlichen Jahren gibt es in Freiburg die schöne Praxis des Nicht-Anmeldens von Demonstrationen, welche damals hart erkämpft und durchgesetzt wurde. Bundesweit nahm Freiburg damit eine Sonderrolle ein und fuhr damit, was Versammlungen betrifft, bisher auch ganz gut.

Wir wollen deshalb in diesem Text die Punkte nennen, weshalb es unserer Meinung nach wichtig ist, weiterhin selbstbestimmt zu demonstrieren ohne um Erlaubnis zu fragen.

KONTROLLE, KONTROLLE

Versammlungen werden nicht per se verboten oder von Gerichten nicht als solche anerkannt, weil sie nicht angemeldet wurden. Wieso dann also anmelden? "Damit der friedliche Ablauf gewährleistet wird, der Verkehr geregelt wird, die Demonstration nicht gestört wird und reibungslos ablaufen kann" werden uns die Autoritäten erzählen. Aber wie sieht die Praxis denn dann in der Realität aus?

Mindestens eine Person muss zur Versammlungsbehörde und mit ihrem Namen die Demonstration anmelden. Dazu muss sie nicht nur Ihre Personalien angeben, sondern auch angeben, wieviel Personen sich versammeln wollen, die Kundgebungsorte, die Route und einen Titel der Versammlung. Die Versammlungsbehörde entscheidet dann, ob diese Demonstration erlaubt wird oder nicht. Auch werden sog. Auflagen erlassen – Bedingungen unter denen sie erlaubt sich zu versammeln – z.B. Ordner*innen, wie nah der Kundgebungsort z.B. an eine AfD-Kundgebung sein darf, Länge der Transparente, maximale Teilnehmer*innen Anzahl, ob und welche Flyer verteilt werden dürfen und so weiter und so fort. Wird gegen diese Auflagen verstoßen muss der/die Anmelder*in, welche nun die Rolle der Versammlungsleitung inne hat, mit Strafen rechnen und/oder die Versammlung auflösen oder die Versammlung wird von der Polizei einfach



anzumelden, allerdings noch bedenklicher. Mit solch einer Entscheidung werden Proteste vereinnahmt und es wird in Kauf genommen, dass nicht angemeldete antifaschistische Aktionen, die auch stattfinden, kriminalisiert und Ziel von Polizeigewalt werden.

Am 2. Mai wurden Versuche, die Zugänge zur AFD-Kundgebung ausserhalb der angemeldeten Versammlungen zu blockieren, von der Polizei brutal aufgelöst. Dabei betonte die Einsatzleitung der Polizei, dass eben diese blockierenden

selbst aufgelöst.

Wenn wir anmelden, werden uns die Autoritäten nur dann demonstrieren lassen, wenn es ihnen passt und nur zu ihren Bedingungen. Und damit sie diese "Bedingungen" nicht komplett alleine durchsetzen müssen, wälzen sie einen Teil davon auf die Anmelder*innen und die Ordner*innen ab.

GEGEN JEDE AUTORITÄT!

Doch zurecht wird eine Stellvertreter*Innen-Politik, wie sie das Versammlungsgesetz vorsieht, hier scharf kritisiert und nicht akzeptiert. Warum sollten wir denn einen Teil von uns zu Erfüllungsgehilfen der Autoritäten machen lassen, wenn wir genau diese Autoritäten ablehnen und für eine herrschaftslose Gesellschaft demonstrieren/kämpfen?

Und nichts anderes als eine Herrschaftsform sind die Genehmigung und die Auflagen, die erlassen werden. Sowohl Anmelder*in, als auch Ordner*innen werden durch diese in eine autoritäre Stellung gehoben und damit beauftragt, die Versammlung unter Kontrolle zu halten. Zudem werden angemeldete Versammlungen oft aufgelöst, wenn kriminalisierte Protestformen in ihnen stattfinden. Proteste finden aber ihre Stärke gerade in dieser Vielfalt.

Eine Anmeldung ist bereits bei einer Demonstration, die ausschließlich von einem Zusammenhang organisiert wird, sehr kritikwürdig. In dem Fall, dass einzelne Gruppen zu unangemeldeten Aktionen gegen eine faschistische Veranstaltung mobilisieren, erscheint uns eine Entscheidung von weiteren einzelnen Gruppen, mehrere Versammlungsorte des Gegenproteste

Antifaschist*innen sich doch zu den angemeldeten Kundgebungen begeben sollten und löste diese (Blockaden) schlussendlich mit der Begründung auf, dass es sich dabei um NICHT-genehmigte Versammlungen handeln würde. Seitens der Teilnehmer*innen der angemeldeten Versammlung war zu diesem Zeitpunkt eine Solidarisierung mit den Blockierenden schwierig. Dazu hätten sie selbst gegen die Auflagen der angemeldeten Kundgebungen verstoßen müssen.

WARUM ALSO NUN WIEDER DIESES ANMELDEN VON PROTEST?

Die Versammlungsbehörde, ein Teil der Polizei/Ordnungsamts, ist niemals unser Freund und wird uns auch niemals wohlwollend entgegenkommen. Warum sollten wir um Erlaubnis bei eben diesen Behörden fragen, die mit martialischen Polizeiaufgeboten und massiver Polizeigewalt Demonstrationen und Kundgebungen von Faschist*innen beschützt und ihnen den Weg frei prügelt?

Was uns dann noch bleibt ist rein symbolischer Protest, der den Autoritäten und den Faschist*innen nicht schadet. Und das in Zeiten, in denen die Zahl der rechten/rassistischen Anschläge und Morde immer weiter steigt, während an den Mauern der Festung Europa tausende ihr Leben lassen und wir von einer Krise in die nächste rutschen.

FREIHEIT WIRD NICHT ERBETTELТ, SONDERN ERKÄMPFT!

ea freiburg, Mai 2020

Gegen die klammheimliche Polizeigesetzesverschärfung in Ba-Wü: Menschenkette in Freiburg am 4. Mai 2020

PROTEST GEGEN POLIZEIGESETZE

Während im öffentlichen Diskurs die Corona-Pandemie omnipräsent ist, plant die grün-schwarze Landesregierung eine Verschärfung des Polizeigesetzes. Vorgesehen ist eine erhebliche Befugnisserweiterung der Polizei, die zu noch massiveren Grundrechtseinschränkungen führt, als bislang angekündigt.

So nahmen am 4.5.20 250 Demonstrierende an der Menschenkette in Freiburg gegen die Verschärfung des Polizeigesetzes in Baden-Württemberg teil. Die Menschenkette fand zwischen dem Büro der grünen Landtagsabgeordneten und dem Polizeirevier Süd statt. Es gab Redebeiträge, Musik, Clowns und ein Theater, bei dem den Teilnehmenden ihre Freiheitsrechte abgenommen und anschließend von 'Winfried Kretschmann' an die Polizei übergeben wurden.

Die Teilnehmenden kamen aus einem breiten linken Spektrum, was gezeigt hat, wie viele Menschen, sich durch dieses Thema angesprochen fühlen.

KRITIK AM VORGEHEN DER LANDESREGIERUNG

In den vergangenen Monaten gab es in ganz Baden-Württemberg Proteste gegen die Novelle des Polizeigesetzes. Nun soll das Gesetz an der Öffentlichkeit vorbei verabschiedet werden - während durch die Coronakrise zivilgesellschaftlicher Protest nur eingeschränkt möglich ist.

KRITIK AM GESETZESENTWURF

Das neue Polizeigesetz soll massive Einschränkungen der Versammlungsfreiheit beinhalten: Personen und Sachen, insofern sie mit



Veranstaltungen in Zusammenhang stehen, welchen die Polizei „ein besonderes Gefährdungsrisiko“ zuschreibt, dürfen demnach grundsätzlich kontrolliert werden können.

Zudem sollen Bodycams auch in Privat- und Geschäftsräumen genutzt werden können. Lediglich die Verwendung der Daten bedarf eines richterlichen Beschlusses, die Aufzeichnung an sich nicht. Zu diesem Zeitpunkt sind die Daten aber schon in den Händen der Polizei.

Generell soll es einen Ausbau intelligenter Videoüberwachung geben. An sogenannten „gefährlichen Orten“ sollen Videoaufzeichnungen möglich sein. Welche Versammlungen und Orte als „erfahrungsgemäß gefährlich“ eingestuft werden, bleibt Auslegungssache und muss nicht transparent gemacht werden. Es droht, dass die Überwachung im öffentlichen Raum enorm ausgebaut wird.

Auch soll es der Polizei möglich sein Menschen, von denen sie vermuten, sie könnten in Zukunft Straftaten begehen, durch „Gefährderansprachen“ zu schikanieren. Hier wird die Unschuldsvermutung durch präventive Einschüchterung ersetzt - eine totalitäre Maßnahme.

KENNZEICHNUNGSPFLICHT UNABHÄNGIGE OMBUDSSTELLEN

UND

Anstatt im Schatten der Coronakrise eine autoritäre Verschiebung hin zum Ausbau der Exekutivgewalt vorzunehmen, ist es überfällig, die Polizei, als gewaltvolle Institution, radikal in Frage zu stellen. Bis dahin fordert das Bündnis zumindest das geplanten Polizeigesetz zurückzunehmen und das von 2017 zu entschärfen.

Was wir brauchen für ein sicheres Zusammenleben ist keine Polizei mit Handgranaten. Stattdessen fordern wir zumindest eine Kennzeichnungspflicht, um übergriffige Beamt*innen identifizieren zu können. Auch braucht es dringend unabhängige Ombudsstellen, die Fehlverhalten der Polizei untersuchen und ahnden.

Wir müssen jetzt handeln, bevor plötzlich ein neues Polizeigesetz beschlossen ist, das es auch nach der Corona Krise das öffentliche Leben und unsere Freiheit massiv eingeschränkt und gefährdet.

"Lasst doch das Gelaber, lasst doch das Geschwätz- Scheiße ist das neue Polizeigesetz!"

STOPPT DAS POLIZEIGESETZ! #FREIHEITSRECHTEVERTEIDIGEN

Infovideo zu den neuen Polizeigesetzen:
vimeo.com/411739599



Neues Polizeigesetz in Baden-Württemberg – eine Analyse

KLAMMHEIMLICHE GESETZESVERSCHÄRFUNG IM SCHATTEN DER ÖFFENTLICHKEIT

Das Innenministerium von Baden-Württemberg ist mal wieder dabei, im Schatten der Öffentlichkeit das Polizeigesetz in alarmierenden Maße zu verschärfen. Der Gesetzentwurf wurde in März auf dem "Beteiligungportal" des Landes "veröffentlicht". Obwohl die bloße Ankündigungen einer erneuten Verschärfung des Polizeigesetzes 2019 eine unübersehbare Protestwelle ausgelöst hatte, gab es seitens des Innenministeriums kaum einen Hinweis auf diesen neuen Gesetzesentwurf. Der Entwurf geht aber viel weiter als das, was 2019 als Verschärfung angekündigt wurde. In den vergangenen Wochen gab es Protestaktionen in Freiburg und Tübingen. Trotzdem scheinen diese Proteste im Schatten der COVID-19-Pandemie bisher noch weit entfernt von einem grossen Aufschrei zu sein und das ist in Anbetracht vom Inhalt dieses Gesetzes wirklich beängstigend. [0, 1, 2]

Der Gesetzentwurf macht eine Analyse ohne großen Aufwand praktisch unmöglich. Kapitel und Artikel des Gesetzes wurden vollkommen durcheinandergebracht, auseinandergeschnitten und neu zusammengeführt. Diese Änderungen wurden weder markiert noch hervorgehoben! Diese Tatsache lässt die "Veröffentlichung" auf einem "Beteiligungportal" noch lächerlicher erscheinen: wer soll sich denn bitte schön an einem Gesetzesänderungsvorhaben beteiligen, wenn diese Beteiligung nur durch eine tagelange Auseinandersetzung mit einem juristischen Durcheinander möglich wird? [3]

ÜBERWACHUNG AUF HOCHTOUREN

Anders als im Falle von Kontaktverboten, Aufenthaltsvorgaben und präventiven Staatstrojanern, die 2017 in das Polizeigesetz aufgenommen wurden, geht es bei den Voraussetzungen für den "§ 22 Besondere Mittel der Datenerhebung" nicht mehr nur um "Terror", sondern um einiges mehr. Diese dürfen nämlich bereits heute im Falle konkreter, drohender Straftaten von erhebliche Bedeutung auf

Verdächtige und ihre Kontaktpersonen angewandt werden. Unter den "Straftaten von erheblicher Bedeutung" befinden sich unter anderen Straftaten, die "gewerbs-, gewohnheits-, serien-, bandenmäßig oder sonst organisiert begangen werden" oder der § 129, Zuwiderhaltungen gegen Vereinsverbote (§ 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 4 Vereinsgesetz), Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten (§ 126 StGB) oder Anleitung zu Straftaten (§ 130a). [4,5,6]

Diese besonderen Mittel der Datenerhebung sind: Observationen, die länger als eine Woche oder innerhalb einer Woche länger als 24 Stunden stattfinden, verdeckte Bild-, Audio- oder Videoaufnahmen und Einsatz von Peilsendern, Spitzeln und Vertrauenspersonen. [3,4]

Sollte dieser neue Entwurf das neue Polizeigesetz werden, könnten der neue "§ 49 Besondere Mittel der Datenerhebung" aber viel breiter angewandt werden: im Falle von Straftaten von erheblicher Bedeutung, die eventuell irgendwo, irgendwann begangen werden könnten, ohne dass die Polizei konkrete Beweise dafür anführen muss. Potenziell betroffene Kontaktpersonen von Gefährderinnen werden auf Personen begrenzt, die "aus der Verwertung der Tat Vorteile ziehen", von eventuellen Straftaten wissen oder bei denen die Gefährderinnen irgendeine Art Unterstützung suchen könnten, sind aber genauso von dem in diesem Artikel eingefügten Gefährderin-Konzept betroffen und die Hürden für eine anlasslose Überwachung damit gesprengt. [3]

Zwar soll in diesem Fall der Entscheidung der Polizei eine richterliche Überprüfung im Einzelfall bevorstehen (außer natürlich bei Gefahr im Verzug), in Anbetracht des schwammigen Begriff der Gefährderin, bleibt es jedoch stark zu bezweifeln, dass Richterinnen viele Anträge ablehnen werden. [3]

EIFRIGE SCHREIBTISCHTÄTERINNEN

Auch für ihre Ermächtigung, Menschen zu befragen, Daten über sie zu erheben und die Daten,

die sie über sie haben, mit anderen abzugleichen, sollen der Polizei alle Türen geöffnet werden. Die Polizei soll damit befragen dürfen, wen immer sie befragen möchte, über jede und jeden Daten erheben dürfen, alle diese Daten mit allen Datenbeständen, worauf sie Zugriff hat, vergleichen können und natürlich soll die betroffene Person für die Dauer dessen festgehalten werden können. [3]

Interessant bei § 47 "Datenabgleich" ist, wie genau Gesetze durchgelesen werden sollten, wenn eifrige Schreibtischtäterinnen sich ihrer Novellierung angenommen haben. Im § 39 "Datenabgleich" vom gegenwärtigen Polizeigesetz steht, dass "Tatsachen die Annahme rechtfertigen" müssen, dass der Datenabgleich für eine "bestimmte" Polizeiaufgabe notwendig ist. In der Novelle ist daraus plötzlich "Grund zu der Annahme" geworden. Das Wort "bestimmte" ist einfach verschwunden. Mit diesem einfachen und schwammigen Trick öffnen Gesetzesverfasserinnen Tür und Tor dafür, das der neue § 47 "Datenabgleich" einfacher und willkürlicher Anwendung finden kann. [3, 4]

DROHBRIEFE UND EINSCHÜCHTERUNGEN

Auch neu in der Novelle ist der §29 – Dieser Paragraf würde die Polizei dazu ermächtigen, Menschen nach belieben Drohbriefe zu schicken oder sie durch mündliche Drohungen einzuschüchtern. Um "Gefährderansprache und -anschreiben" zu erteilen, bräuchten die Cops nur zu vermuten, dass eine Person die "öffentliche Sicherheit" irgendwann mal stören könnte. Dann könnten sie "diese Person über die geltende Rechtslage informieren und ihr mitteilen, welche Maßnahmen die Polizei im Falle einer bevorstehenden oder erfolgten Störung ergreifen wird". [3]

KONTROLLE, KONTROLLE

Die Polizei soll auch einige neue Spielzeuge für Versammlungen erhalten. Bereits eine Einstufung als "gefährlich" soll ausreichen, um wahllose Personenkontrollen, Durchsuchungen von Menschen und Sachen zu begründen. Das gilt auch für den Einsatz von automatischen Kennzeichenlesesystemen. Diese werden eingesetzt, um nach Kennzeichen und Personen zu suchen, die zur Fahndung ausgeschrieben sind. Im Falle eines Treffers können das Fahrzeug und die

Insassen angehalten, kontrolliert und durchsucht werden, aber auch "das Kennzeichen, die Bildaufzeichnung des Fahrzeugs sowie Angaben zu Ort, Fahrtrichtung, Datum und Uhrzeit gespeichert werden". [3]

MOBILE ÜBERWACHUNGSKAMERAS

"Die Bodycam wird zukünftig zur Standardausstattung der Polizeistreifen im Land gehören – das hilft gegen Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber den Polizistinnen und Polizisten." (Innenminister BaWü, 2019)

Seit ihrer Einführung im Polizeigesetz von 2017, wurden Bodycams mittlerweile landesweit eingeführt. Nun sollen die Cops diese "körpernah getragenen Aufnahmeggeräte" zwecks "Bild- und Tonaufzeichnungen" auch anlasslos innerhalb von "Arbeits-, Betriebs- oder Geschäftsräumen" tragen dürfen und das Bild und Audiomaterial ohne Pre-Recording speichern. Innerhalb von Wohnungen sollen Bodycams auch erlaubt werden, wenn die Polizei eine Gefahr für sich oder andere Personen vermutet. Dort dürfen die Aufnahmen allerdings nur mit ihrer "Pre-Recording" Funktion angeschaltet werden (Daten werden nach 60 Sekunden gelöscht, außer es tritt tatsächlich eine "Gefahr" auf) und dürfen anschließend ausschließlich nach einer richterlichen Zustimmung gespeichert werden. [3, 7, 8]

ZENTRALISIERTE RICHTERLICHE ÜBERPRÜFUNGEN

Die gerichtlichen Zuständigkeiten für die Prüfung von Maßnahmen, die 2017 in das Polizeigesetz aufgenommen wurden, werden im neuen Entwurf infrage gestellt. Telekommunikationsüberwachungen, Kontaktverbote, Aufenthaltsvorgaben und elektronische Aufenthaltsüberwachungen werden heute noch durch die Amtsgerichte angeordnet, in dessen Bezirken die antragsstellenden Polizeidienststellen ihren Sitz haben. Laut dem neuen Entwurf sollen in Zukunft nur noch die Amtsgerichte Mannheim und Stuttgart dafür zuständig sein. Die Kontrolle über solche Maßnahmen, die so intensiv in die Bewegungsfreiheit und Privatsphäre der Betroffenen eingreifen, sollen also ausschließlich in den Händen von zwei Gerichten liegen. WTF?! [3, 4]



#NoPolGBW

FREIHEITSRECHTE VERTEIDIGEN! GEMEINSAM GEGEN NEUE POLIZEIGESetze!

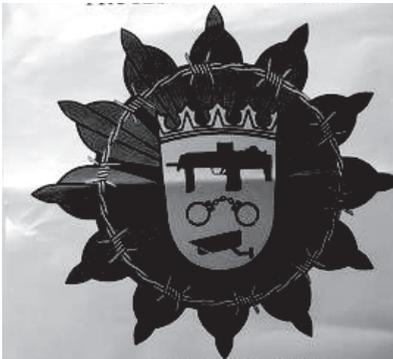


GEHEIMDIENSTE ÜBERTREFFEN!

Weil dies alles noch nicht reicht, soll die Polizei auch noch dazu ermächtigt werden, Telefongespräche die sie führt ohne Zustimmung der Anrufenden aufzuzeichnen. Sie soll Zuverlässigkeitsüberprüfungen von Menschen durchführen dürfen, die bei Großveranstaltungen oder in öffentlichen Liegenschaften arbeiten wollen. Voraussetzung dafür soll sein, dass die betroffene Person eingewilligt hat und die Arbeitsstelle die Cops darum bittet. Mitgeteilt werden soll, ob "sicherheitsrelevante Erkenntnisse" vorliegen. An öffentlichen Stellen sollen zudem, wenn "erforderlich", diese Erkenntnisse übermittelt werden. Die Frist der maximalen Speicherung von Daten von Kindern soll von zwei auf fünf Jahre verlängert werden. Und weil das alles noch nicht reicht, sollen die Möglichkeiten von LKA, Polizeidienststellen und Verfassungsschutz gemeinsame "projektbezogene Dateien" zu führen, erweitert werden. [3, 4]

**FREIHEIT STIRBT MIT SICHERHEIT –
GEMEINSAM UND SOLIDARISCH GEGEN
RECHTSRUCK UND REPRESSION!**

ea freiburg, Mai 2020



QUELLEN:

- (0) IMI Analyse: Baden-Württemberg: Verschärfung des Polizeigesetzes während Corona-Krise imi-online.de/2020/04/14/baden-wuerttemberg-verschaerfung-des-polizeigesetzes-waehrend-corona-krise/
- (1) 4. Mai 2020: Menschenkette in Freiburg – 250 Menschen protestieren gegen klammheimliche Polizeigesetzesverschärfung nopolgbw.org/?p=1077
- (2) Aktion in Tübingen gegen Verschärfung des Polizeigesetzes nopolgbw.org/?p=1069
- (3) Beteiligungsportal Land Baden-Württemberg: Anpassung des Polizeigesetzes beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/beteiligungsportal/gesetzentwurfe/200311_Gesetzentwurf_Anpassung_Polizeigesetz.pdf
- (4) Polizeigesetz Baden-Württemberg landesrecht-bw.de/jportal/portal/t/ss4/page/bsbawueprod.psm/screen/JWPDFScreen/filename/PolG_BW_1992.pdf
- (5) StGB gesetze-im-internet.de/stgb/
- (6) GVG gesetze-im-internet.de/gvg/
- (7) Äußerungen Innenminister im.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/landesweite-einfuehrung-der-bodycam-bei-der-polizei-baden-wuerttemberg-startet/
- (8) Landesweite Einführung Bodycams landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_7769_D.pdf
- (9) Baden-Württemberg: Verschärfung des Polizeigesetzes während Corona-Krise imi-online.de/2020/04/14/baden-wuerttemberg-verschaerfung-des-polizeigesetzes-waehrend-corona-krise/

Ein Diskussionsbeitrag zur ID-Verweigerung des EA Berlin

SAY MY NAME, SAY MY NAME..

In letzter Zeit ist viel über Identitätsverweigerung (ID-Verweigerung) diskutiert worden. Bei der ID-Verweigerung geben Aktivist*innen im Rahmen von Aktionen ihre Personalien gegenüber Bullen und Gerichten nicht an. Das bedeutet konkret, dass keine Angaben zu den Daten gemacht werden, die auf Pass, Personalausweis oder Aufenthaltserlaubnis stehen. Bisher wurde die ID-Verweigerung in der BRD vor allem bei Massenaktionen in großen, ländlicheren Flächen wie Kohlerevieren angewendet. In Berlin ist der Erfahrungsschatz bisher klein. Im Rahmen der Tu-Mal-Wat-Tage (26. – 29. September 2019) gab es einen ersten Versuch, die ID-Verweigerung als Konzept der Antirepression mit vielen Personen in der Stadt auszuprobieren. Wir als EA Berlin haben die Aktionen begleitet und uns in dem Zusammenhang über die ID-Verweigerung als Strategie Gedanken gemacht.

DER REPRESSION ENTWISCHEN

Wir finden es gut, wenn Leute politische Aktionen machen und den Bullen, den Strafverfolgungsbehörden, der Repression entwischen – ob sie dafür wegrennen, Leute befreien, Bullen vertreiben oder die Herausgabe ihrer Identität erfolgreich verweigern.

Wir halten ID-Verweigerung aber nicht für die allgemein gültige Strategie, um Repression aus dem Weg zu gehen und finden es gefährlich, wenn der Eindruck entsteht, dass durch ID-Verweigerung Repression generell vermieden werden kann.

Bei jeder Aktion lohnt es sich, nicht sofort die Identität anzugeben und natürlich nicht mit den Repressionsorganen zu kooperieren. Wenn bei einer Aktion viele Menschen die Herausgabe ihrer Identität verweigern, kann das dazu führen, dass die Bullen überfordert sind: Ihre Kapazitäten reichen möglicherweise nicht aus, alle Personen vor Ort erkennungsdienstlich (ED) zu behandeln oder sie dafür in die Gefangensammelstelle (Gesa) zu bringen. Selbst Leute, die schon mal ED-

behandelt wurden und Personalien verweigern, können die Masse und damit den zeitlichen Aufwand vergrößern, es bleibt dann, wenn überhaupt, bei einer Ordnungswidrigkeit (OWi).

In letzter Zeit gab es schon Versuche seitens der Cops, durch Bearbeitungsstraßen, Zugkontrollen etc. flexibler agieren zu können. Der Moment der Überforderung ist im städtischen Kontext schwieriger herzustellen. Der Transport der Aktivist*innen gestaltet sich einfacher, außerdem gibt es mehr Infrastruktur an Gesen und Polizeiwachen. Wenn die Bullen vorher bescheid wissen, können sie versuchen sich entsprechend vorzubereiten.

Ab dem Punkt, ab dem ED-Behandlung, Gesa, Untersuchungshaft (U-Haft) ins Spiel kommen, haben wir Bedenken, ob es (immer) politisch sinnvoll ist, weiter die Identität zu verweigern.

ED-BEHANDLUNG UND DATENSPEICHERUNG

Natürlich werden ED-Behandlungen auch vorgeommen, wenn Personalien mitgeführt oder angegeben werden. Doch wir empfinden die Konsequenzen einer Datenerhebung und -speicherung beim Vorwurf von geringen Straftatbeständen, bei denen ohne ID-Verweigerung meist keine ED-Behandlung durchgeführt würde, als schwerwiegend.

Bei einer ED-Behandlung werden Finger- und Handflächenabdrücke, ein dreiteiliges Lichtbild, eine Ganzkörperaufnahme und eine Personenbeschreibung aufgenommen. Wenn Zeit und Interesse besteht, werden dafür auch Substanzen, die diese Maßnahmen ins Leere laufen lassen sollen, wie Kleber auf den Händen oder Schminke im Gesicht, entfernt. Zusätzlich können Detailaufnahmen von besonderen



Körpermerkmalen (Narben, Tattoos..) dokumentiert und fotografisch festgehalten werden. Diese Daten werden in verschiedene Datenbanken der Bullen auf landes-, bundes- und europäischer Ebene hinterlegt und gespeichert, in dem bundesweiten Informationssystem der Polizei (INPOL) in den meisten Fällen für erstmalig 10 Jahre. Gelöscht werden die Daten selten von den Bullen selbst. Eine Löschung ist oft schwierig durchzubekommen, selbst bei Freispruch oder Einstellung, außerdem verlängern sich die Fristen erneut mit jeder neuen Eintragung.

Die Bullen können über einen langen Zeitraum auf eine Menge Daten zurückgreifen. Sollte eine ihre ID-verweigernde Person noch nicht im System sein und einmal unidentifiziert entkommen, besteht die Möglichkeit, dass sie auf der nächsten Aktion/Demo von Zivis entdeckt, nachträglich identifiziert und ihr die alte Sache zugeordnet werden kann. Insbesondere junge Menschen sind dann quasi ab Beginn ihres politischen Aktionismus im Bullensystem. Darüber hinaus durchforsten die Bullen natürlich das Netz nach Daten (Bilder und co), weshalb immer gut überlegt werden sollte, was so ins Netz gestellt wird und was vielleicht bereits schon zu finden ist. Zudem ist unklar, welche neuen technischen Mittel und Wege der Repression in den nächsten Jahren auf uns zu kommen, und wie diese Daten dadurch noch weiter Verwendung finden werden.

GESA UND U-HAFT ALS FORM DER REPRESSION

Neben der ED-Behandlung geht mit der ID-Verweigerung oft ein Aufenthalt in der Gesa und sogar U-Haft einher. Bereits die Zeit in der Gesa kann scheiße sein. Psychischer und physischer Druck, die Identität preizugeben, kann zusätzlich belasten. Spätestens mit Ablauf des Tages nach der Festnahme kommt es zur Vorführung vor der oder dem HaftrichterIn, welcheR über Freilassung oder U-Haft entscheidet. In den meisten uns bekannten Fällen der ID-Verweigerung folgt selbst beim Vorwurf geringerer Straftaten U-Haft. Wenn die Ansage ist: "Vor dem oder der HaftrichterIn kannst du immer noch deine Personalien angeben," macht es die Entscheidung wieder zu einer ganz individuellen und kann zu Vereinzelung führen oder großen Druck ausüben.

Auch im Normalfall bedeutet U-Haft wenig Besuch, wenig Kontakt zu den Mitgefangenen und die Kontrolle der gesamten Post. Bei der ID-Verweigerung verstärkt sich die soziale Isolation. Besuch von engen Freund*innen oder Familie, selbst Briefwechsel, ist unmöglich, da anhand der Kontakte Rückschlüsse auf die Identität gezogen werden könnten. Doch ist U-Haft nicht nur für die betroffene Person kräftezehrend. Für einen längeren Zeitraum werden Ressourcen und Strukturen des politischen Umfelds gebunden, der Kontakt zu Anwält*innen und Familie muss organisiert und Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden.

Unidentifiziert in der Gesa oder U-Haft zu sitzen, stellt für uns daher nicht unbedingt einen Moment der Selbstermächtigung dar. Sie sind für uns zentrale Formen der Repression und trotz möglicherweise erfolgreicher ID-Verweigerung hat das Strafsystem dann trotzdem, in anderer Form, zugeschlagen.

VORBEREITUNG IN DER BEZUGSGRUPPE

Wenn geplant ist, im Rahmen einer Aktion die Personalien zu verweigern, ist eine Vorbereitung im Voraus und die gemeinsame Beschäftigung in der Bezugsgruppe mit Gesa und Knast daher wichtig. Sowohl die interne Organisation der Bezugsgruppe als auch die einer unterstützenden Struktur "draußen" ist dabei zentral. Geklärt werden sollte: Wo liegt ein Ausweisdokument, falls später doch die Personalien angegeben werden möchten? Welche Personen müssen im Falle der U-Haft kontaktiert werden? Muss sich um Kinder gekümmert werden? Welche Medikamente werden schnell benötigt? Müssen Katzen gefüttert, oder Ausbildung, Arbeit oder Amt über das Fehlen informiert werden?

Zu bedenken dabei ist, dass der erste Kontakt nach draußen zunächst lediglich durch eine*n Anwält*in bestehen wird, welche*r zunächst Probleme haben kann, zu der eingefahrenen Person zu kommen, weshalb ihr*ihm schnell mitgeteilt werden muss, welches Pseudonym/ welche Zahl die Person drinnen für sich verwendet.

Eine gute Vorbereitung macht die mögliche U-Haft für alle Beteiligten ein bisschen weniger anstrengend.

WAS UNS WICHTIG IST

Bei einem Aufruf zu ID-Verweigerung im Rahmen von größeren Aktionen ist eine Absprache mit den örtlichen EA-Strukturen im Vorhinein wichtig. Für uns ist zentral, dass es Menschen zu jeder Zeit möglich sein muss, zu versuchen, die Zeit in Gesa oder U-Haft kurz zu halten oder auch zu vermeiden. Die Entscheidung, ab einem bestimmten Punkt die Identität preiszugeben, sollte nicht dazu führen, dass sich von Einzelnen distanziert oder entsolidarisiert wird. Außerdem bleibt zu bedenken, dass im Vorfeld viel abgesprochen werden kann, es jedoch immer

Situationen geben kann, die nicht vorhersehbar waren, und dann sind gegebenenfalls Einzelne vorerst damit allein. Die Entscheidung welche Art der Repression schwerer wiegt bleibt natürlich jede*r Aktivist*in und ihrem*seinem Umfeld selbst überlassen. Die möglichen Konsequenzen von ID-Verweigerung zeigen für uns jedoch, dass auch erfolgreich verweigerter Personalien nicht gleichbedeutend mit Repressionsfreiheit sind. In der Praxis gilt es daher, sorgfältig abzuwägen und transparent zu diskutieren.

EA Berlin
ea-berlin.net

Aktion vor und in der Deutschen Bank gegen neues Steinkohlekraftwerk Datteln 4 in Freiburg

Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages gegen Kohle protestierten heute 50 Menschen mit einer kreativen Aktion vor und in der Deutschen Bank am Rotteckring 3. Anlass der Aktion war die Hauptversammlung des Energiekonzerns Uniper, welcher in den kommenden Monaten ein neues Steinkohlekraftwerk ans Netz nehmen wird (Datteln 4).

Bei der Aktion zwischen 15 und 17 Uhr trugen die Aktivist*innen ihren kreativen und bunten Protest gegen die Steinkohle auf die Straße und in die Bank. Sie forderten „Das Steinkohlekraftwerk Datteln4 darf nicht ans Netz!“. Symbolisch für die

Steinkohle, die in Zukunft in Datteln 4 verbrannt werden soll, brachten die Teilnehmer*innen schwarze Kartons mit, die sie vor und anschließend in der Filiale der Deutschen Bank ablegten.

Laut den Aktivist*innen seien Klimaschutz und Umweltschutz untrennbar, so auch beim Steinkohlekraftwerk Datteln 4. Sie befürchten neben den hohen CO₂-Mehremissionen, auch eine erhebliche Verschmutzung der Umwelt und betonten, dass die BRD 2030 aus der Kohle raus sein müsse, wenn das Klimaziel - Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzen - erreicht werden solle.



Die Aktivist*innen kreideten in einem Flyer neben der Deutschen Bank auch die Deutsche Bahn an, welche in Zukunft aufgrund geltender Verträge ein Viertel ihres Stroms aus Datteln beziehen muss.

Besonders betonen die Aktivist*innen die gesundheitlichen Folgen und die globale Ungerechtigkeit, auf der der Abbau und die Verbrennung von Steinkohle fußen: „Kohlekraftwerke setzen die Bevölkerung toxischen Feinstäuben, Ozon und Schwermetallen aus. Sie verursachen zahlreiche gesundheitliche Schäden. Uniper bezieht seine Steinkohle überwiegend aus Russland, Kolumbien und den USA. Insbesondere

die russische und kolumbianische Kohle wird unter Missachtung der Menschenrechte gewonnen und hat fatale ökologische Auswirkungen. Nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen sind die kolumbianischen Datteln-Kohle-Lieferanten verantwortlich für die Vertreibung von 55.000 Menschen.“

Die Teilnehmer*innen der Kundgebung forderten daher: „Die Bundesregierung muss die Betriebsgenehmigung für Datteln 4 zurück ziehen! Die Deutsche Bank soll Investitionen aus Kohle-, Öl- und Gasunternehmen abziehen! Die Deutsche Bahn soll die Verträge mit Uniper stornieren.“



Black Lives Matter

MONTAG, 01.06.2020

Am 25. Mai wurde der 46-jährige Schwarze George Floyd in Minneapolis von rassistischen Bullen brutal ermordet. Seitdem haben sich die Aufstände von Minneapolis, wo unter anderem ein Bullenrevier angezündet wurden, auf die gesamten USA ausgeweitet. Tausende gehen gegen rassistische Polizeigewalt auf die Straße, es werden Geschäfte geplündert und Rathäuser, Justizgebäude, Polizeireviere und vielen Bullenwagen angegriffen und angezündet.

Die am Mord beteiligten und teilweise für ihre Gewalttätigkeit bekannten Cops Derek Chauvin, Tou Thao, Alexander Kueng und Thomas Lane wurden am 26. Mai gefeuert und müssen ab kommender Woche mit juristischen Folgen rechnen.

Die Nationalgarde wurde mobilisiert, in dutzenden Städten wurden Ausgangssperren verhängt und gebrochen und Bulleneinheiten gehen seit Tagen mit brutaler Gewalt gegen die Aufständischen vor, weit über tausend wurden bereits verhaftet. In Minneapolis wurden Predator-Drohnen gegen Demonstrationen eingesetzt und in New York fuhr ein Bullenwagen und in Minneapolis ein Tanklastwagen in die Menschenmenge.

Und Trump macht landesweit Linksradikale für die Massen-Riots verantwortlich und kündigte an, „die Antifa“ als „terroristische Organisation“ verbieten zu wollen.

NO JUSTICE, NO PEACE!

Ballstädt-Prozess wird neu aufgerollt

SONNTAG, 03.05.2020

Im Februar 2014 überfielen Nazis eine Kirmesgesellschaft im thüringischen Ballstädt und verletzten viele der Gäste. Im Mai 2017 verurteilte das Landgericht Erfurt zehn Nazis zu Haftstrafen. Nun wurde das Urteil wegen Formfehlern vom Bundesgerichtshof aufgehoben, da die Urteilsbegründung des Landgerichts nicht die formalen Anforderungen erfülle. Im Herbst 2020 beginnt das neue Verfahren.

Autonome Antifa Freiburg
autonome-antifa.org

Repressionen nach der Bankenblockade 2019

Neben all den (sehr wichtigen) Überlegungen, was die Covid-19 Pandemie für uns politisch bedeutet, hier ein Exkurs zu einem ganz anderen, ebenso wichtigen Thema, wie wir finden:

Dieser Text soll einen groben Überblick darüber geben, was in Bezug auf Repressionen seit den Klima-Aktionstagen "Fossil Banks - too big to stay" im Juli 2019 in Basel und Zürich (Schweiz) passiert ist.

Seit der Aktion im vergangenen Sommer, nach der es bereits unmittelbar zu Repressalien wie über 48h Gewahrsam, Untersuchungshaft, Einreiseverboten, Abnahme von DNA-Proben u.v.m kam, wurde in Deutschland wenig über die weiteren Entwicklungen berichtet. Wir sehen die Beschäftigung mit staatlicher Repression aber als elementaren Bestandteil von politischem Aktivismus, um handlungsfähig und nachhaltig aktiv zu bleiben. Repression wirkt, wenn sie ohnmächtig macht und zum Schweigen bringt - wir möchten sie hier thematisieren und skandalisieren. Dabei ist es auch wichtig, über konstruierte Nationalgrenzen hinwegzudenken und in unseren Köpfen keine Grenze der Solidarität zu ziehen. Außerdem werden die kommenden Gerichtsverfahren gerade für die Klimagerechtigkeitsbewegung politische Relevanz haben.

Der Text ist aus Sicht deutscher Aktivist*innen geschrieben und hat einen Fokus auf die Ereignisse in Basel. Ganz unten findet ihr Links zu weiteren Artikeln zum Thema sowie die Möglichkeit, für die laufenden Rechtskosten zu spenden!

Über 7 Stunden lang wurden in Basel mehrere Eingänge der Banken blockiert und Mitarbeitende nur heraus- aber nicht hereingelassen. Nach einigen Stunden stellte die UBS Strafanträge und ließ die Aktivist*innen gewaltsam räumen. Besonders Aktivist*innen, die sich vor dem Gebäude angekettet hatten, wurden mithilfe von Schmerzgriffen, psychischem Druck und unter Ausschluss der Öffentlichkeit - auch Presse wurde auf große Distanz gehalten - geräumt und festgenommen. 37 Menschen in Basel und 64 in Zürich kamen in Gewahrsam und verbrachten unter belastenden und teils rechtswidrigen Bedingungen bis zu 48 Stunden im Knast. Dort wurden eine Erkennungsdienstliche (ED) Behandlung durchgeführt und DNA entnommen. Außerdem bekamen die Aktivist*innen direkt einen Strafbefehl ausgehändigt, zum Teil mit Freiheitsstrafen von bis zu 120 Tagen und hohen Bearbeitungsgebühren von fast 1.000 Franken. Eine Person in Zürich wurde von einem Zwangsmaßnahmengericht in Untersuchungshaft gesteckt, da die Person sich hartnäckig weigerte, die Personalien anzugeben. Allen Personen ohne Schweizer Pass wurden über das Ausländerrecht eine sofortige Ausweisung aus dem Land angeordnet - plus 1-3 Jahre Einreiseverbot. Da diese Strafe sofort vollzogen wurde, konnten Rechtsmittel nur im Nachhinein eingelegt werden, außerdem wurden eine Vernetzung und Möglichkeiten der Solidarität eingeschränkt. Die Botschaft ist klar: Wer in die Schweiz einreist, hat sich gefälligst konform zu verhalten.

WAS SEITDEM PASSIERT IST – STRAFBEFEHLE

AKTION + REPRESSION DIREKT

Fast ein Jahr ist es mittlerweile her, dass am 8. Juli die UBS Bank in Basel und die Credit Suisse in Zürich von ca. 200 Aktivist*innen blockiert wurden. Unter dem Motto "Fossil Banks - too big to stay" sollte die Aktion im Rahmen der Aktionstage des Collective Climate Justice Basel aufzeigen, was für einen großen Anteil der Schweizer Bankensektor an der Investition in klimaschädliche fossile Technologien und Industrien hat. Mit der Blockade sollte darauf aufmerksam gemacht und das business-as-usual der Banken verhindert werden.

Nach den Strafbefehlen, die bereits in der GeSa in Basel ausgestellt wurden, sind in Freiburg die ersten Strafbefehle (ohne vorherige polizeiliche Vorladung) ab Oktober 2019 angekommen. Die (immer gleichen) Vorwürfe: Hausfriedensbruch, Nötigung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung (aus "öffentlicher Zusammenrottung" und mit großem Schaden). Hausfriedensbruch fällt unter das Zivilrecht, die restlichen Vorwürfe sind sogenannte Offizialdelikte, d.h. sie werden vom Staat verfolgt. Aufgrund des "großen Schadens" (nach eigener finanzieller Einschätzung fordert die UBS Bank 81.000 Franken als Schadensersatz für

angebliche Beschädigungen) ist auch der Vorwurf der Sachbeschädigung Offizialdelikt. Die Bestrafung: 120 Tagessätze á 30 Franken = 3600 Franken (aufgeschoben auf eine Probezeit von 2 Jahren, d.h. falls mensch in dieser Zeit keine weiteren Straftaten in der Schweiz begeht, muss die Summe nicht bezahlt werden), außerdem eine Buße von 900 Franken plus Bearbeitungsgebühren von ca. 300 Franken.

Diese schwerwiegenden Vorwürfe und die hohe Bestrafung zeigen eindeutig, dass die Basler Staatsanwaltschaft eine abschreckende Wirkung für mögliche zukünftige Aktionen erzielen möchte, die die Schweiz an einer empfindlichen Stelle treffen - den heiligen Banken. Die wachsende Klimagerechtigkeitsbewegung in der Schweiz soll eingeschüchtert und kriminalisiert werden.

Nach Eintreffen der Strafbefehle in Freiburg wurde versucht, alle betroffenen Personen zu erreichen, um gemeinsam koordiniert und unterstützend weiter vorgehen zu können. Die Meisten haben Einspruch eingelegt gegen den Strafbefehl. Dies sehen wir, sofern es individuell als möglich wahrgenommen wird, als wichtigen politischen Schritt: Ein Gerichtsprozess macht es den Banken sowie der Staatsanwaltschaft unbequem, und er wird noch einmal Öffentlichkeit generieren für die Kernbotschaften der Aktivist*innen: Der Protest war angesichts der Klimakrise legitim, und nicht wir sollten zur Verantwortung gezogen werden, sondern die Akteure, die den Klimawandel verursachen. Da viele Menschen in der Schweiz nicht wissen, ob und wie sie Einspruch gegen einen Strafbefehl erheben können, werden ca. 90% aller Strafbefehle [angenommen](https://de.wikipedia.org/wiki/Strafprozessrecht_(Schweiz)) (de.wikipedia.org/wiki/Strafprozessrecht_(Schweiz)) unter „Kritik“ - auch dieses Muster gilt es, zu kritisieren.

WAS SEITDEM PASSIERT IST - VORLADUNGEN (= DNA PROFIL ODER STRAFE ANNEHMEN)

Einige Monate, nachdem von den meisten Personen Einsprache gegen den Strafbefehl eingelegt wurde, folgten ab Januar 2020 "Einladungen", zur Staatsanwaltschaft nach Basel zu kommen, um bezüglich des Falles verhört zu werden. Wie ironisch der Wortlaut der "Einladung" ist, zeigt sich daran, dass das Erscheinen bei dieser Vorladung obligatorisch ist. Bleibt mensch ohne (gute) Begründung fern, wird die Einsprache

automatisch zurückgezogen und mensch wird auf Basis des Strafbefehls rechtskräftig verurteilt. Dazu kommt, dass es in der Schweiz gängige Praxis ist, bei solchen Vorladungen eine ED-Behandlung und DNA-Entnahme durchzuführen - dies sei laut entsprechender Verfügung notwendig für "die Identifizierung sowie Sachverhaltsabklärungen beziehungsweise für allfällige spätere Verfahren". Im Klartext: die DNA-Profile werden in die Schweizer Datenbank gegeben und können in diesem Fall vermutlich 5 Jahre lang (siehe <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20031383/index.html>) herangezogen werden. Dieses Vorgehen wurde allerdings in der Vorladung selbst nicht angekündigt und war uns nur bekannt aus Berichten der Schweizer Betroffenen, deren Vorladungstermine bereits früher begonnen hatten. So befanden sich die Beteiligten in der Zwickmühle: entweder zur Vorladung erscheinen und ED-Daten sowie DNA-Profile abgeben, oder nicht erscheinen und auf Grundlage des Strafbefehls verurteilt werden - mit einem Strafmaß, dass dann auch Eingang ins polizeiliche Führungszeugnis finden würde.

So wie sich das Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft von Anfang an willkürlich von Person zu Person unterschied, wählten auch die von der Repression betroffenen Menschen unterschiedliche Wege, mit den Vorladungen umzugehen. Oft konnten sie unter Angabe von Krankheit oder wichtigen Terminen um eine kurze Zeit verschoben werden, dies war aber nicht unbegrenzt möglich. Auch die Methoden der Staatsanwaltschaft bei der Vorladung selbst variierten stark und reichten von scheinbarer Freundlichkeit zu subtiler Manipulation und schließlich Gewaltandrohungen. Die vorgeladenen Menschen machten vom Prinzip der Aussageverweigerung Gebrauch und sagten nix.

ED & DNA – PRAXIS

Allen Menschen, die zur Vorladung erscheinen mussten, wurde im Zuge der Vorladung DNA abgenommen und eine ED-Behandlung durchgeführt. Gleiches gilt für alle Aktivist*innen, die direkt nach der Aktion in Gewahrsam genommen wurden. Diese Vorgehensweise massenhafter Datensammlung gilt es zu skandalisieren.

Zurzeit wurden gegen alle ED-Behandlungen und



DNA-Entnahmen Beschwerde eingelegt. Drei dieser Beschwerden sollen als exemplarische Fälle gerichtlich angefochten und im Notfall bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg weitergeführt werden. Die restlichen Beschwerden sind bis zu einer gerichtlichen Entscheidung dieser drei Fälle sistiert, d.h. vorerst pausiert. Ziel ist es, die gängige Praxis der präventiven DNA-Entnahme in der Schweiz aufzubrechen. Im politischen Kontext Deutschlands erscheint die niedrighschwellige Möglichkeit der DNA-Entnahme und die Aufnahme des DNA-Profiles in eine bundesweite Datenbank zwar (noch) schwer vorstellbar, allerdings werden auch hier vermehrt Stimmen laut nach mehr Überwachung, Kontrolle und Sicherheit. In Berlin ist es in den letzten Jahren beispielsweise zunehmend zur gängigen Praxis geworden, im großen Stil DNA von linken Aktivist*innen zu nehmen. Umso wichtiger ist der Widerstand gegen solche autoritären Sicherheitspolitiken, wo immer sie sich zeigen.

AUSBLICK

Voraussichtlich (so weit mensch das in diesen Zeiten sagen kann) wird es in den kommenden Monaten zu Prozessen kommen, in denen über die Aktion verhandelt werden wird. Noch stehen keine Termine fest, aber die meisten Vorladungen sind bereits gewesen und der Ermittlungsvorgang nähert sich damit dem Ende. So wie es aussieht,

wird die Staatsanwaltschaft versuchen, das Konzept der Mittäter*innenschaft anzuwenden: damit muss sie individuellen Personen keine konkreten Straftaten wie Sachbeschädigung nachweisen, sondern es reicht allein die Anwesenheit am Tatort, in "öffentlicher Zusammenrottung", um als schuldig zu gelten. Ähnlich ging die Staatsanwaltschaft bereits 2018 im Fall der sogenannten "Basel 18" vor, bei dem bereits SMS-Verkehr zu den „fälschen“ Personen am Vorabend des Tatvorwurfes ausreichte, um besagte Mittäter*innenschaft zu konstruieren (mehr Infos z.B. hier:

antirepbasel.noblogs.org/post/2018/10/29/tag-4-prozess-gegen-die-basel-18/).

Hier könnte sich eine Tendenz abzeichnen, die ultimativ auf die Abschreckung und Kriminalisierung linker Bewegungen abzielt.

Abschließend lässt sich sagen, dass in den kommenden "Bankenprozessen" Fragen höchster politischer Relevanz verhandelt werden. In der Schweiz, aber auch darüber hinaus, hat die Klimastreik-Bewegung (verstanden als Klimaschutz) stark an gesellschaftlicher Anerkennung und Legitimation gewonnen. Sobald sich diese Bewegung aber als Klimagerechtigkeitsbewegung definiert und damit als Teil linksradikaler, emanzipatorischer Politik, antwortet der Staat mit Repression und Einschüchterung. Die Repression nach den Aktionstagen kann auch als Warnung an die Aktivist*innen verstanden werden: Wagt es bloß

nicht, die ausgetrampelten Pfade bloßen Protests zu verlassen. Andererseits scheinen im Klima-Kontext eben diese Aktionsformen jenseits legalen Protests gesellschaftlich zumindest diskutiert und teilweise akzeptiert zu werden. So wurden Aktivist*innen, die im Rahmen einer Klimaaktion Tennis in der Credit Suisse Bank in Lausanne gespielt hatten, im Januar 2020 überraschend freigesprochen. Der Richter sprach von einem "Rechtfertigenden Notstand": die Aktion sei der einzige wirksame Weg gewesen, notwendige mediale Aufmerksamkeit zu erhalten für die Verstrickung der Bank in den Klimawandel. Der Diskurs bewegt sich derzeit also zwischen dem Versuch der Kriminalisierung einerseits, und wachsender Legitimität andererseits.

SOLI & ANTIREP

Abschließend möchten wir einige Sätze zur politischen Arbeit rund um Repression sagen. Im Nachgang der Aktion hat sich aus dem Basler "Collective Climate Justice" eine Gruppe formiert, die sich intensiv mit der Repression beschäftigt und Betroffene unterstützt. In Zuge dessen wurde direkt eine Spendenkampagne gestartet, mit der ca. 50.000 Franken für die laufenden Prozesskosten und Strafbefehle gesammelt wurde. Außerdem gab es in der Schweiz viel Öffentlichkeitsarbeit und Soli-Partys, Soli-Kneipen etc. zum Thema. Vielen lieben Dank, an die, die diese wertvolle und oft undankbare Arbeit machen!

Wir haben selbst in den letzten Monaten gemerkt, wie schwierig sich politische Arbeit rund um Repression gestalten kann. Es gilt zunächst, betroffene Menschen dazu zu ermutigen sich gemeinsam zu organisieren und anstelle von Vereinzelung einen kollektiven Umgang mit der Repression zu finden. Gerade der Wunsch nach gemeinsamer Bewältigung scheitert leider oft, stattdessen zeichnet sich eine große Verantwortungsübernahme Einzelner ab. Dies mag daran liegen, dass sich das konfrontiert-sein mit staatlicher Macht überfordernd und beängstigend anfühlen kann, dass eine Verdrängung des Themas sich zeitweise angenehmer anfühlt. Langfristig ist ein guter Umgang mit Repression aus unserer Sicht aber nur über gemeinsame Organisation möglich. Umso wichtiger ist es also, über Repression zu sprechen und sie als Teil unseres Aktivismus zu

sehen. Es trifft einige – gemeint sind wir alle!

Einige der von Repressionen betroffenen Menschen

PS:

Wir möchten an dieser Stelle auf ein sehr interessantes Zine der "we don't shut up - we shut down!"-Kampagne hinweisen, welches sich ebenso mit Repression im Klima-Kontext (und noch viel mehr) beschäftigt:

wedontshutup.org/wp-content/uploads/2020/04/We_shut-Brosch%C3%BCre.pdf

Außerdem hat das ccj neue Aktionstage für dieses Jahr angekündigt:

1. Klimacamp in Basel vom 29. Juni bis zum 9. Juli 2020, (dezentraler) Aktionstag am 7.7
2. 4. - 7. Oktober: Aktionstage im Herzen des Schweizer Finanzplatzes

SPENDEN:

Es wird weiterhin Kohle (ha) für die laufenden Rechtskosten benötigt. Es kann sehr gerne an das Vereinskonto des Collective Climate Justice gespendet werden:

IBAN: CH91 0839 2000 1570 7530 3

Empfänger: Recht auf Stadt für Alle
[Breisacherstrasse 60, 4057 Basel]

WEITERFÜHRENDE LINKS:

-Homepage des Collective Climate Justice:
www.climatejustice.ch

-Medienmitteilung vom CollectiveClimateJustice vom 18. Juli: climatejustice.ch/wp-content/uploads/2019/07/Medienmitteilung-18.07.2019.pdf

-Auflistung aller Vorfälle: climatejustice.ch/wp-content/uploads/2019/07/20190719-Liste-mit-Vorf%C3%A4llen-ZH-und-BS.pdf

-Berichterstattung des ajour Magazins:
barrikade.info/article/2469

-Solidarische Kritik am „friedlichen“ Narrativ vom CollectiveClimateJustice:
barrikade.info/article/2583

- "Blocking Banks Basel" Zine:
ekibfreiburg.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/1300/2020/04/Blocking-Banks-Basel-Leseversion.pdf

Video "Klimaschutz ist kein Verbrechen" - Einschränkung der Pressefreiheit:
youtube.com/watch?v=nAuFKI9-3Tw

Geschrumpfter Protest gegen die Corona-Maßnahmen in Freiburg

Für vergangenen Samstag waren auch in Freiburg erneut zwei Proteste gegen die Coronamaßnahmen angekündigt. Bei mäßigem Wetter kamen deutlich weniger Teilnehmer*innen als in den vergangenen Wochen. Inhaltlich war ein deutlicher Rechtsruck zu beobachten. Am Rande der Kundgebung kam es erneut zu Einschüchterungsversuchen und massiven Bedrohungen gegenüber Gegendemonstrant*innen und eines Journalisten.

Für vergangenen Samstag waren auch in Freiburg erneut zwei Proteste gegen die Coronamaßnahmen angekündigt. Bei mäßigem Wetter kamen deutlich weniger Teilnehmer*innen als in den vergangenen Wochen. Inhaltlich war ein deutlicher Rechtsruck zu beobachten. Am Rande der Kundgebung kam es erneut zu Einschüchterungsversuchen und massiven Bedrohungen gegenüber Gegendemonstrant*innen und eines Journalisten.

FÜR DIE GRUNDRECHTE - ABER NUR BEI GUTEM WETTER

Zu den Protesten auf dem Platz der Alten Synagoge (PdAS) rief die "Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand" auf. Die Anmelderin der Kundgebung, die in den ersten Wochen auf dem Rathausplatz und schließlich auf dem Augustinerplatz stattfand, hatte im Vorfeld entschieden, sich dem Protest auf dem PdAS anzuschließen. Die "Freunde der Freiheit", die die Kundgebung auf dem Münsterplatz veranstalten, sagten diese aufgrund der Wetterlage etwa eine Stunde vor Beginn ab und mobilisierten ebenfalls auf den Platz der Alten Synagoge. Dem Aufruf folgten schließlich weniger als 100 „Coronaskeptiker*innen“, die sich bei leichtem Regen auf dem Platz versammelten.

Gleich zu Beginn der Versammlung war ein Themenschwenk bei der Demonstration zu vernehmen: So wurde sich in einer Rede an „der Antifa“ abgearbeitet. Eine Rednerin trug "ihre Recherchen" vor und reproduzierte die in rechten Kreisen beliebte Verschwörungstheorie einer vom

Staat bezahlten "Antifa GmbH". Sie belegte diese These mit den vermeintlichen Recherchen der taz, die tatsächlich jedoch satirische Artikel sind.(1) Außerdem zitierte die Rednerin einen Artikel aus dem "Basel Express"(2), der sich wiederum auf Informationen vom deutschen Ableger des russischen TV-Kanals "Russia Today" ("RT Deutsch") bezieht. Dieser ist für seine rechtslastige Berichterstattung bekannt. Darüber hinaus ist der "Basel Express" das Mutterblatt vom "Basler Expressblatt", einer verschwörungsideologischen Zeitung mit rechtsradikalen Verstrickungen.(3) Die Rednerin suggerierte, dass es eine 'Antifa GmbH über die Antifa-Gewerkschaft bis hin zum Antifa-Verein' gebe. Und weiter: 'Diese erhalten Geld von der deutschen Bundesregierung, den Parteien SPD, CDU und den Grünen sowie einzelnen sozialistisch-kommunistisch orientierten Verbänden.' Diese Falschbehauptungen, die häufig im Umfeld der AfD benutzt werden, schienen nicht bei allen gut anzukommen und es konnten vereinzelte Unmutsäußerungen vernommen werden. Ein anwesendes Mitglied der Partei "Die PARTEI" warf sarkastisch ein: 'Demogeld gibt es hier!' und wurde daraufhin von einer Demo-Ordnerin zurechtgewiesen.

Insgesamt wirkte die Stimmung deutlich weniger dynamisch und entschlossen als noch in den Wochen zuvor. Auch diesmal wurden die allgemeinen Hygieneregeln und Kundgebungsauflagen mehrheitlich nicht befolgt, bis die Polizei diese unter Androhung von Personalienfestellungen weitestgehend durchsetzte.

'IST DAS EINE ANTI-ANTIFA-DEMONSTRATION, ODER GEHT ES HIER UM CORONA-MAßNAHMEN?'

Die transportierten Inhalte waren nebst der eingangs erwähnten Rede von nationalistischer Ideologie geprägt. Das einzige sichtbare Banner war, in augenscheinlicher Anlehnung an die Fahne des Deutschen Reichs(4), in den Farben schwarz, weiß und rot gehalten. Daneben stand eine Person mit einer Baden-Fahne mit dem Slogan: "Deutsch

von Geburt - Badener von Gottes Gnaden". Der nationalistische Topos wurde durch das Singen der ersten und dritten Strophe des "Deutschlandlieds" untermauert. Die erste Strophe mit der Zeile "Deutschland, Deutschland, über alles" wurde im Nationalsozialismus zu einer Rechtfertigung für den deutschen Expansionismus und als Ausdruck deutscher Hegemoniebestrebungen interpretiert. Außerdem wird diese Strophe gerne in rechtsextremen Kreisen gesungen, weil sie zwar nicht verboten ist, aber dennoch an das "Großdeutsche Reich" erinnert: 'Von der Maas bis an die Memel'. Ein frustrierter Demonstrant brachte es auf den Punkt, als er bei der Rede über die "Antifa GmbH" vortrat und laut fragte: 'Ist das eine Anti-Antifa-Demonstration, oder geht es hier um Corona-Maßnahmen?' Er wurde dafür ausgebuht und die Rede abgekürzt. Die Situation steht sinnbildlich für den Charakter der Veranstaltung, in der zunehmend Nationalist*innen den Ton anzugeben scheinen.



ERNEUTE EINSCHÜCHTERUNGSVERSUCHE UND DROHUNGEN

Über die gesamte Zeit waren einzelne Personen zur kritischen Beobachtung am Rande der Kundgebung anwesend. Als sich gegen Ende die eigentliche Kundgebung auflöste, kam es vereinzelt zu Diskussionen. Nach einiger Zeit kamen zwei Kundgebungsteilnehmer auf eine kleine Gruppe von Gegendemonstrant*innen zu und begannen, aggressiv auf diese einzureden. Infolge des hitzigen Gesprächs kam es zu massiven Einschüchterungsversuchen gegenüber den Teilnehmer*innen des Gegenprotestes. Die zwei behaupteten, dass man sich mit "den Falschen angelegt" habe: 'Ich habe euch alle gefilmt (...)' Wir

haben eine Liste mit euren Namen und ihr seid bald nicht mehr da.', drohte einer von ihnen. Als ein anwesender Fotograf die Szene festhielt, bedrängte einer der beiden den Journalisten und beschwerte sich anschließend bei der Polizei. Diese kam ihrer Aufgabe, die Pressefreiheit zu schützen, nach. Im Anschluss versuchte der Beschwerder Fotos von den Gegendemonstrant*innen und dem Journalisten zu machen, bevor er und sein Begleiter erfolglos abzog.

NATIONALISTISCHE KLEINSTVERANSTALTUNG STATT GRUNDRECHTE VERTEIDIGENDE MASSENBEWEGUNG

Konnten die Hygienedemos in den letzten Wochen noch konstanten Zuwachs verzeichnen, so ist vergangenen Samstag die Teilnehmer*innenzahl stark eingebrochen. Drei bis vier angemeldete bzw. angekündigte Kundgebungen wurden auf dem PdAS zusammengelegt und nur rund 100 Personen konnten mobilisiert werden. Erstmals fand am Bertoldsbrunnen auch eine antifaschistische Gegenkundgebung statt, die sich für eine linke Intervention stark machte. Es bleibt unklar, ob sich neben dem Wetter auch die kürzlich erfolgten Lockerungen oder zunehmende Aufklärung über Verschwörungstheorien auf die sinkende Teilnehmer*innenzahl auswirkte. Inwiefern sich die deutliche Verkleinerung und insbesondere der inhaltliche Schwenk auf allen Kundgebungen, von der vermeintlichen Verteidigung des Grundrechts und rechtsstaatlichen Freiheiten hin zu offen nationalistischen Aussagen und Inhalten, auf die Dynamik mit bis zuletzt rund 500 Protestierenden auswirken wird, wird sich in den nächsten Wochen zeigen.

(1)taz.de/Proteste-gegen-Pegida-und-Co/!5020381/

(2)basel-express.ch/redaktion/geopolitik/272-antifa-wird-fuer-d...

(3)watson.ch/schweiz/basel/990821722-4-dinge-die-du-ueber-die-n...

(4)de.wikipedia.org/wiki/Schwarz-Wei%C3%9F-Rot

Redebeitrag „Eure Sorgen machen uns Sorgen“

In den letzten Wochen haben wir als Linke einiges lernen und uns in vielen Aspekten an die Krise und ihre teils irren Begleiterscheinungen anpassen müssen. Die meisten der zusammen mit Covid-19 auftretenden Phänomene bereiten uns selbstverständlich schwere Bauchschmerzen, sei es die Diskussion um eine „Tracing-App“ oder ein beliebiger anderer Vorstoß in die Gewässer der autoritären Überwachungsfreund*innen. Diese Entwicklungen sind allerdings weder neu, noch überraschend, sie folgen einem Trend, welcher in allen Bundesländern verschärfte Polizeigesetze und auf nicht unerheblichen Teilen der öffentlichen Plätzen und Straßen Kameras mit sich gebracht hat.

Eine viel neuere Erfahrung müssen wir mit den „Hygiene-“ und „Grundgesetzdemos“ machen. Krude, antisemitische „ein Mensch, oder eine Menschengruppe lenken die Welt“-Theorien oder Nazischlägertrupps mit Quarzhandschuhen, bilden hier zusammen mit „alt-Linken“ (so bezeichnen sich diese Menschen zumindest selbst) und Esoteriker*innen eine besorgniserregende Querfront.

Gespräche mit letzteren Gruppen wandelten sich, besonders in Bezug auf ihre Sicht auf „die Antifa“, über die letzten Wochen von „Wir wollen doch alle irgendwie das selbe“ hin zu Applaus für nazipropagandistischen Parolen wie „Antifa = SA“. Diese Radikalisierung machte sich am letzten Samstag in körperlichen Auseinandersetzungen bemerkbar, als einige Antifaschist*innen ihre Meinung lautstark zu Gehör verhalfen. Die sonst so „bürgerlichen“ Menschen auf dem PdaS versuchten den Lauti zerstören, gingen auf die Redner*innen los und versuchten ihnen Zettel und Mikro aus der Hand zu reißen. Ein Großteil der auch sonst deutlich aggressiver auftretenden Anhänger*innen der Verschwörerpartei „Widerstand2020“ auf dem Münsterplatz – darunter auch Nazischläger der Freiburg City Cobras – wurden von den stark vertretenen Polizist*innen abgehalten selbiges zu tun, aber auch hier kam es zu Tritten und anderen tätlichen Angriffen gegenüber Antifaschist*innen – So viel zur Gewichtung der Meinungsfreiheit.

Auf der inhaltlichen Ebene bieten diese Kundgebungen keine Lösungen und falsche

Erklärungen für tatsächlich schwerwiegende gesellschaftliche Probleme.

Das die WHO zu einem großen Teil durch zweckgebundene Spenden finanziert wird ist ein riesiger Einschnitt in die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Organisation, aber dass Bill Gates an Corona Schuld ist lässt sich dadurch auf keine Art und Weise belegen. Schon die Aussage, dass 80% des Gesamtetats der WHO von der „Bill and Melinda Gates Stiftung“ kommen ist schlichtweg falsch, liegt diese Zahl doch unter 10%, aber selbst wenn dies der Fall wäre, ist es keine haltbare Argumentation dadurch auf ein absichtliches Loslassen eines tödlichen Virus auf die Menschheit zu schließen. Mensch kann Bill Gates vieles Vorhalten, mögen das moralisch mehr als fragwürdige monopolistische Methoden und Bestrebungen im Softwaresektor und die dadurch geschaffenen Datenkraken, auf welche ein Großteil des Geschäftsmodell der IT-Branche fußt, oder andere tiefe Verstrickungen in kapitalistische Systeme und Logiken, die Menschen ein solidarisches Miteinander deutlich erschweren.

Immer wieder werden auch altbekannte antisemitische Verschwörungstheorien auf den Tisch gebracht, so fallen immer wieder sie Namen Soros und Rothschild, oft rutschen Teilnehmer*innen in Reichsbürgerrhetoriken ab. Deutlich holocaustrelativierende, hetzerische Schilder und Transparente, sowie Davidsterne mit dem Wort „Impfgegner“ sind fester Bestandteil des Erscheinungsbild der „Hygiene-Demos“. Propagiert und getragen wird all das durch Vertreter*innen aller Schichten der Gesellschaft, von vermeintlich linken Vaubanfamilien, die bewusst oder unbewusst das verbreitete faschistische Gedankengut billigen oder gar gutheißen, bis hin zu strammen Nazis, die auf den Querfrontkundgebungen konsequent geduldet werden.

Lippenbekenntnisse, wie die Aussagen, dass weder rechts- noch linksradikale Kräfte (die Betonung liegt hier meist auf links) geduldet werden, bestärken die Teilnehmer*innen nur darin, dass die propagierten Thesen nicht faschistisch seien und dass die offen faschistischen Menschen, wie Robert Hagermann (AfD), welche die Kundgebungen

regelmäßig frequentieren, doch gar nicht rechts sein können.

So bauen sich Faschist*innen eine breite und äußerst gefährliche Gruppe an Menschen auf um ihre menschenverachtenden Ansichten zu verbreiten.

Solange sich auf den Kundgebungen Nazis und rechte Verschwörungstheoretiker*innen tummeln, machen sich alle Teilnehmer*innen, die diese nicht hochkant aus der Demo schmeißen, mitschuldig.

Schuldig dafür, dass Rechte Oberwasser gewinnen,

In Frankreich gab es im Mai trotz Ausgangssperren zahlreiche anarchistische Angriffe mit dem Schwerpunkt Telekommunikationsinfrastruktur. Doch auch die Kirche, der Staat und ihre Handlanger bekamen einiges ab. Zunächst gehört die Kampagne gegen den Energiekonzern ENEDIS erwähnt: Nach den Großbränden in Grenoble und in Limoges gab es am 21. Mai in Bouguenais und in bescheidenerer Form bereits Anfang Mai in Paris erfolgreiche neue Brandanschläge auf Konzernfahrzeuge und Gebäude. In Ferney-Voltaire gab es in der ersten Maiwoche mehrere Brandanschläge gegen öffentliche Gebäude, wie unter anderem die Post oder das Rathaus. Am 3. Mai zündeten Nachtaktive einen Funkmasten bei Ouvèze an. Um den 4. Mai plünderten und verwüsteten Unbekannte die derzeit ungenutzten Schulen von Saint-Laurent-du-Maroni auf Guyana und in Imphy. Am 7. Mai erwischte es einen weiteren Funkmast des Betreibers Orange in Languenan. In Aubigny-les-Pothées wurde am 6. und 13. Mai Telekommunikationstechnik mit Feuer verwüstet. Am 7. und am 14. Mai brannten in Toulouse Antennen. In Poses wurde am 8. Mai zum Tag der Befreiung das Auto des Bürgermeisters angesteckt. Am 10. Mai erwischte es fünf VINCI Fahrzeuge in Baume-les-Dames. Klassisch und effektiv wurde in der gleichen Nacht ein Bullenparkplatz in Saint-Brevin-les-Pins den Flammen übergeben. Am 12. Mai fackelte eine weitere Rundfunk-Antenne in Alby-sur-Chéran ab, während in Brest eine Antenne schon vor Inbetriebnahme niedergebrannt wurde. In Aubenais wurde am 13. Mai ein Stromtrafo vernichtet. Nahe der unbestrittenen Militanz-Hauptstadt Grenoble

schuldig dafür, dass Faschist*innen sich mit ihren Thesen im Recht sehen, schuldig für die von rechts propagierten autoritären Verschärfungen, die oberflächlich eigentlich genau das Gegenteil der Ziele der Hygienedemos sein sollten, schuldig für jedes gesprühte Hakenkreuz, jeden rechtspolitisch motivierten Übergriff, Mittäter*innen.

GEGEN JEGLICHE FORMEN DES FASCHISMUS!

antifaschistische Jugend Freiburg (AJF)
derzeit wieder unter:
ANTIFAJUGENDFREIBURG.NOBLOGS.ORG

Militant trotz Lockdown

wurden vergangene Woche gleich drei Fernseh-Antennen eingeschmolzen. Abgesehen von den militanten Kampagnen der radikalen Linken steigt auch in vielen prekären Stadtteilen die Spannung im Kontext der Corona-Krise. So gab es, nach zahlreichen oftmals tödlichen Bulleneingriffen, schwere Auseinandersetzungen unter anderem in Mulhouse, Vénissieux, Massy, Villeneuve-Saint-Georges, Nanterre, Saint-Germain-en-Laye, Trappes, Chanteloup-les-Vignes, Maurepas, Compiègne bis zur Cité Blanche im XIXe Arrondissement von Paris und Kahani auf Mayotte. In Lisses hatte der rechte Bürgermeister gar das Glück ein Clip davon zu machen, wie Wütende ihn mit Flaschen und Steinen eindeckten. In Stains brannte am 15. Mai ein McDonalds-Restaurant am lichterloh. Eine Woche zuvor war in Champagneole im Jura ähnliches nur halb-geglückt. Generell ging es bei den Angriffen um Reaktionen auf die Bullengewalt, mithilfe von Mörsern, Mollies oder Steinen. Immer wieder brannten Geschäfte aus und auch der ein oder andere Kameramast wurde mit der Flex gefällt, wie etwa in Ermont am 10. Mai. In Creil verlor der selbe Bürgermeister, der bereits im Dezember privat beschert wurde, am 20. Mai noch seinen Dienstwagen infolge der Feuersbrünste. Antifas und Antiklerikale waren natürlich auch unterwegs. In Larajasse wurde noch diese Woche ein Treffpunkt der Identitären verwüstet und in Saint-Jean-de-Cuculles fällten GenossInnen am 10. Mai das große Stahlkreuz am Berg.

WIR FRAGEN WIE IMMER: WOHER KOMMT BLOß DIESE ZÜGELLOSE GEWALTBEREITSCHAFT?

Autonome Antifa Freiburg
autonome-antifa.org

PoWa To The People



16. Juni 2020

13:12 Solidarische Prozessbegleitung

[Artsgericht | Holzmarkt 2]

Am 16.06.2020 wird in Freiburg die Besetzung der ehemaligen Polizeiwache (PoWa), welche 2019 besetzt wurde, vor Gericht verhandelt.

18:30 Fahrrad-Soli-Demo

[PoWa | Fehrenbachallee 52]



Mehr Infos:
diewg.noblogs.org